

## Polen: Homophobe Predigt am Tag des Warschauer Aufstands

**Nach der "roten Plage" des Kommunismus werde Polen von einer neuen Bedrohung heimgesucht, so Marek Jedraszewski in einer Predigt zum Jahrestag des Warschauer Aufstands.**

Nicht einmal zwei Wochen nach der brutalen Gewalt gegen den ersten CSD in der polnischen Stadt Bialystok hat die katholische Kirche des Landes erneut ihre Kampfretorik gegen LGBTI-Rechte verstärkt: In einer Predigt zum 75. Jahrestages des Beginns des Warschauer Aufstands forderte der Krakauer Erzbischof Marek Jedraszewski am Donnerstag Widerstand der Gläubigen gegen eine vermeintliche LGBT-Ideologie ein.



"Die rote Plage hat unser Land nicht mehr im Griff, was nicht bedeutet, dass es keine neue gibt, die unsere Seelen, Herzen und unseren Verstand kontrollieren will", meinte Jedraszewski in Anspielung auf den Kommunismus. Die neue Bedrohung sei "nicht marxistisch, bolschewistisch, sondern aus dem gleichen Geist geboren: neomarxistisch." Sie sei "nicht rot, sondern Regenbogen", so der Bischof, der in früheren Reden "absolutistische" und "neomarxistische Bestrebungen" der "LGBT-Ideologie" kritisiert hatte.

"Maximale Toleranz" führe zu Intoleranz, so Jedraszewski weiter: "Gewalt, Erniedrigung und ein Lächerlichmachen der heiligsten Zeichen unserer Madonna von Tschenstochau zeigen sich auf den Lippen derer, die Toleranz einfordern." Die Gräber der polnischen Freiheitskämpfer spornten "uns an, uns zu verteidigen und echte Freiheit zu verteidigen".

Mit dem letzten Absatz spielte der Bischof gegen das in Polen populäre Marien-Bildnis "Schwarze Madonna von Tschenstochau" an. Nach homofeindlichen Äusserungen der Kirche hatten Aktivisten Ende April in Plock Flyer verteilt, auf denen die Jungfrau Maria und das Jesuskind auf dem ikonischen Bild mit einem Regenbogen-Heiligenschein statt einem goldenen dargestellt wurden. Der harmlose Protest hatte zu strafrechtlichen Ermittlungen und einen Aufschrei von Kirche und der Regierungspartei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) geführt.

### **Kirche und Politik im Kultur- und Wahlkampf gegen LGBTI-Rechte**

Jedraszewski hatte erst am Mittwoch in Tschenstochau vor Gläubigen gefordert, "die Wahrheit zu verteidigen über die Schöpfung von Mann und Frau, um zusammen zu leben und Kinder zu haben". In einer Predigt im April bezeichnete er die "LGBT-Ideologie" als "trügerische Ideologie", die im Widerspruch zur christlichen Moral, dem "Naturgesetz" und der Vernunft stehe. Die Einführung einer "Gender-Ideologie" und Standards der Weltgesundheitsorganisation zur Sexualaufklärung an polnischen Schulen würde Kinder ihrer Unschuld berauben. Die "Bewerbung der LGBT-Ideologie" leugne die Menschenwürde.

Ähnliches hatte er bereits zum Karfreitag in einer Predigt betont und beklagt, dass man "in einer Welle des linken Hasses" als Fanatiker, Faschist oder Homophober bezeichnet werde, wenn man sich den Versuchungen des Teufels widersetze.

Jedraszewski bezog sich in seinen Äusserungen auf einen vor allem von Kirche und Regierung selbst begonnenen "Kulturkampf": Nachdem sich der Warschauer Stadtpräsident Rafal Trzaskowski im Frühjahr in einer "Regenbogen-Erklärung" unter anderem für eine umfassende und LGBTI-inklusive Sexualaufklärung an Schulen verpflichtete, machte die PiS-Partei daraus ein Thema zum damaligen

Europa- und nun bevorstehenden Parlamentswahlkampf: "Die LGBT- und Gender-Bewegung bedroht unsere Identität und unsere Nation. Sie bedroht unseren polnischen Staat", meinte etwa der Parteivorsitzende Jaroslaw Kaczynski im April. Während die katholische Kirche gegen LGBTI-Rechte wettete, beschlossen mehrere PiS-geführte Gemeinden und Regionen in den letzten Monaten Resolutionen, in denen sie sich als "frei von der LGBT-Ideologie" bezeichneten.

Zuletzt hatte sich der Kampf noch verstärkt: Das parteinahe Politik-Magazin "Gazeta Polska" legte in der letzten Woche einen Aufkleber mit durchstrichenem Regenbogen und dem Aufdruck "LGBT-freie Zone" bei – bis ein Gericht die Verteilung stoppte. Regierung und Kirche verurteilten die Gewalt gegen den CSD in Bialystok – während PiS-Politiker allerdings zugleich CSD-Verbote ins Gespräch brachten, betonte die Bischofskonferenz, man werde nicht aufhören, "Todsünde als solche zu benennen".

queer.de / 2.8.2019